

## Vergleich mit Kuba hinkt

Erwiderung: „Wann sind genug Waffen wirklich genug?“, FR-Forum v. 10.8.

Sehr geehrter Herr Gehring, Sie führen in Ihrem Leserbrief das gerne benutzte Beispiel Kuba als Analogie zur Ukraine an. Schauen wir auf die historischen Ereignisse: Fidel Castro hat auf Kuba eine von den US-Amerikanern alimentierte Regierung hinweggefegt. Er hat das von mafiosen Strukturen gestützte, von der US-amerikanischen Mafia finanzierte wirtschaftliche Ausbeutungssystem vernichtet. Er hat der kubanischen Bevölkerung die Hoffnung auf eine selbstbestimmte Zukunft gegen. Das bedeutet aus Sicht der US-Amerikaner, Castro hat einen massiven Schlag gegen das US-Amerikanische regionale und imperiale Beherrschungsdenken geführt.

Schauen wir wieder auf die historischen Ereignisse: Auf Kuba wurden nicht zigtausend amerikanische Soldaten eingesetzt um die Hauptstadt im Handstreich zu nehmen. Auf Kuba kam es nicht zu massiven US-amerikanischen Bomber- und Raketenangriffen zur teilweise völligen Zerstörung von Städten und Dörfern. Illustrativ ist ein Besuch der Städte Havanna und Marioupol (soweit möglich). So richtig gut eignet sich der Vergleich Kuba/USA und Ukraine/Russland wohl nicht, um das reflexartige Bild vom bösen Westen (wer immer das ist) und dem Opfer Russland mit Evidenz zu versehen.

Werner Gessnitzer, Ginsheim

Diskussion: frblog.de//f20220810

## Eine gute Idee, aber ...

Zu: „Früher in den Ruhestand dank Ehrenamt?“, FR-Politik vom 11. August

Tolle Idee, aber warum muss so etwas wieder von der Solidargemeinschaft der Sozialversicherungspflichtigen bezahlt werden? Die Feuerwehr löscht auch bei Beamten, Selbstständigen und bei Politikern, aber die werden mit der Finanzierung dieser guten Idee wie so oft wieder nichts zu tun haben. Thomas Lehmann, Metten

## Es war schon mal besser

Zu: „In 13 Zügen nach Lissabon“, FR-Magazin vom 2. August

Eine kleine Ergänzung zu Yves Bellinghausens köstlicher Reisebeschreibung: Die Bahnverbindung zwischen Madrid und Lissabon war nicht immer so vorsintflutlich. Ein Blick etwa in das Kursbuch vom Sommer 2008 zeigt: Es gab damals täglich den Hotelzug „Lusitania“, Madrid Chamatin ab 22.45, Lisboa Santa Apolónia an acht Uhr mit Schlaf-, Sitz- und Speisewagen. Peter Schindler, Königswinter

## Alle Energieträger sind akzeptabel – bis auf die aus Russland

Energiekrise, Inflation: „Die Gas-Umlage kommt!“ und „Wenn gesunde Mahlzeiten unbezahlbar werden“, FR-Wirtschaft vom 6. August und -Politik vom 11. August

### Geschichte ereignet sich immer zweimal

Gold gab ich für Eisen. Auch wenn es sich anhört wie die Zusammenfassung eines gelungenen Einzeltrick-Betrugs, es war das Motto einer Maßnahme des Deutschen Reichs zur Finanzierung des Ersten Weltkriegs und die Wiederbelebung einer Idee der Preußen (ca. 1813) im Krieg gegen Napoleon. Zeugnisse dieses Betrugs im staatlichen Auftrag, dürfte der eine oder andere noch in den Hinterlassenschaften seiner Vorfahren in Form von Münzen oder Schmuckstücken mit einer entsprechenden Inschrift finden können.

Nun wissen wir durch den Philosophen Hegel, dass sich Geschichte immer zweimal ereignet. Sein härter Kollege aus Trier ergänzte später vielsagend: einmal als Tragödie und einmal als Farce. Jetzt also ist das Motto, Gold gib ich für Gas. Herr Habeck möchte es aber lieber Umlage nennen. Der Zweck ist allerdings derselbe wie der, zu dem das Deutsche Reich in die Taschen seiner Bürger griff: die Finanzierung eines Krieges. Vorläufig ist es „nur“ ein Wirtschaftskrieg, das Schießen übernehmen fürs erste die Ukrainer, aber ohne Zweifel ein Krieg und dessen Ausgang wird letztlich entscheiden, ob wir bei dieser Wiederholung der Geschichte eher die Tragödie oder die Farce erleben.

Zugegeben, es gibt auch Unterschiede. Die „Gold-gegen-Eisen“-Kampagne zielte auf die „Freiwilligkeit“ der Bürger und verließ sich auf den erzeugten sozialen Druck. Den erzeugt die Bundesregierung auch, indem sie auf eine angebliche Alternativlosigkeit ihrer Maßnahmen verweist, sie verlässt sich aber nicht darauf und wird uns gnadenlos zur Kasse bitten. Aber, so höre ich, Putin hat diesen Krieg angefangen und alle Schuld trifft ihn. Tatsache ist aber, dass schon lange vor dem Kriegsbeginn interessierte Kreise alle möglichen Schikanen gegen Nord Stream 2 inszenierten und es für einen Fehler hielten, Geschäfte mit Russland zu machen.

Tatsache ist, dass die Embargo-Maßnahmen, die Putin die Finanzierung seines Kriegs vermasseln sollen, verantwortlich sind dafür, dass er sich an seinen



Für viele Menschen wird Heizen zur finanziellen Belastung, vor allem mit Gas.

INNA TALAN/PANTHERMEDIA

Öl und Gas-Exporten dumm und dusselig verdient.

Das von grüner Seite ursprünglich vorgebrachte Argument, Erdgas sei abzulehnen, weil fossiler Brennstoff, hat sich mittlerweile erledigt. Alle Energieträger sind akzeptabel, solange sie nicht aus Russland kommen. Und damit bewegt sich die Wiederholung der Geschichte endgültig Richtung „Farce“, laut Duden ein abgeschmacktes Schauspiel. Hans Blaschke, Bad Vilbel

### Wichtiger sind Regeln für die Vorsteuer

Nun wollen Bundespolitiker unbedingt vermeiden, dass auf die Umlage auch noch die Mehrwertsteuer aufgerechnet wird. Denn es könne nicht sein, dass der Bund an dieser Umlage noch verdient, so Finanzminister Christian Lindner (FDP). Wenn eine Summe X die Umlage darstellt, so kann hier eine Reduzierung um die MwSt. erfolgen und gleichzeitig die MwSt. wieder aufgerechnet werden. Mit anderen Worten: Die Umlage enthält dann bereits die MwSt. Vielmehr sollten sich die gesetzgebenden Parteien darum kümmern, dass vorsteuerabzugsberechtigte Personen oder Firmen sich die Umsatzsteuer nicht zurückholen. Denn das wä-

re eine Ungleichbehandlung gegenüber den privaten Haushalten. Jürgen Hempel, Lüneburg

### Faulenzer gibt es für die FDP nur im Sozialhilfereich

Nach einem Bericht der Hans-Böckler-Stiftung von 2017 besaßen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte zusammen etwa 60 Prozent des Netto-Gesamtvermögens, also abzüglich Schulden. Die unteren 20 Prozent besaßen gar kein Vermögen. Und etwa neun Prozent aller Haushalte hatten negatives Vermögen, also Schulden. Ein Fünftel der deutschen Arbeitnehmer:innen ist im Niedriglohnbereich beschäftigt, dessen Schwelle 2019 bei 10,80 brutto lag. Da ist an Vermögensbildung nicht zu denken. Leichter sparen lässt sich hingegen, wenn man bereits Vermögen, z.B. Aktien oder Immobilien, hat und deshalb für den Vermögenszuwachs gar nichts mehr arbeiten muss. Wer vor zehn Jahren eine Eigentumswohnung im Wert von 100 000 Euro geerbt hat, kann sie heute leicht für das Doppelte verkaufen. Der leistungslose Zugewinn von 100 000 Euro ist steuerfrei. Wie lange müsste sich ein durchschnittlicher Arbeitnehmer dafür wohl krumm legen?

Nach § 14 ErbStG können Ehepaare ihrem Kind zu Lebzeiten je 400 000 Euro schenken, ohne dass Steuern anfallen, und das alle zehn Jahre aufs Neue. So kann in dreißig Jahren ein Vermögen von 2,4 Mio. Euro völlig steuerfrei übertragen werden. Den gleichen Betrag gibt es noch einmal, wenn noch vermögende Omas und Opas leben.

Das derzeitige Steuer- und Erbschaftsrecht fördert nicht Leistung, sondern eine ungerechte Vermögensverteilung mit Erb:innen, die sich auf die faule Haut legen können. Mit der heutigen FDP sind allerdings leistungs- und generationengerechte Änderungen nicht umzusetzen, weil es nach ihrer Ideologie Faulenzer nur im Sozialhilfereich gibt. Hans Schinke, Offenbach

### Senkt Lindner jetzt den Spitzensteuersatz?

Es droht uns allen - zumindest denen, die mit Gas heizen -, eine Gasumlage. Entlastung tut not. Wahrscheinlich wird Herr Lindner alsbald deswegen eine Senkung des Spitzensteuersatzes anstoßen?! Entlastung tut not! Sonst kommt womöglich der Chef von Porsche noch in Schwierigkeiten.

Thomas Nestinger, Bad Honnef

## Es nutzt nichts, sich allein über die FDP aufzuregen

Zu: „Rechtsextreme wittern hier eine große Chance“, „Zustimmung zur Atomkraft wächst“ und „Rolle rückwärts“, FR-Politik und -Meinung vom 6. August

Die Einschätzungen der Sozialpsychologin Pia Lamberty, dass Rechtsextreme die Energiekrise als Chance für Propaganda nutzen werden, teile ich. Aber sie verliert kein Wort darüber, dass es auch durchaus berechtigte Proteste darüber geben kann - ich bin der Meinung, dass es sie von einer solidarischen Bevölkerung geben sollte -, wie diese Energiekrise bewältigt wird und wer die Kosten trägt. Bisher verhindert die FDP sowohl notwendige Einsparungen (Tempolimit) als auch eine Besteuerung der Krisenge-

winnler. Es nutzt nichts, sich allein über die Klientelpartei FDP aufzuregen, die Regierungsparteien gesamt sind für diese faulen Kompromisse verantwortlich.

So droht der Protest für mehr Gerechtigkeit bezüglich des Lastenausgleichs in die ideologische Falle zu geraten, nur gegen rechte Umtriebe zu demonstrieren, um die große Solidarität gegen Putin nicht zu gefährden. Auf der nächsten Seite titelt die FR: „Die Zustimmung zur Atomkraft wächst.“ Ich wage diese Prognose im „Deutschlandtrend“ anzuz-

zweifeln. Wenn Menschen Angst haben und sich massiv existenziell bedroht fühlen, lassen sie sich leicht solche Zustimmung abringen. Man muss dann nur noch entsprechende trendy Fragen auf einer Skala von eins bis zehn stellen.

Einige Seiten weiter macht Herr Niekisch in seiner Kolumne deutlich, wie im Angesicht der Krise abenteuerliche Vorschläge laut werden, die Errungenschaften des Natur- und Umweltschutzes aufs Spiel zu setzen. Ich schließe mich einer Solidarität an,

die sich wehrt, bevor die letzte, einigermaßen natürliche Grünfläche für Viehfutter umgepflügt wird. An diesen drei Artikeln, die zusammen gedacht und analysiert werden sollten, neben weiteren in dieser Ausgabe, lässt sich erkennen, wie ausweglos die FR in-formiert. Dies gewinne ich nicht nur als Kompliment, denn diese Mischung aus gut informiertem (Niekisch) und unreflektiertem (Niekisch) und unkommentiertem (bzgl. Atomkraft) unterstützt das übliche „Weiter so“ von Regierungshandeln. Robert Maxeiner, Frankfurt